

Sehr geehrter Herr Landrat Möller,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Haas,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte anwesenden Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter des Landkreises, sehr geehrte Gäste,

Sehr geehrter Herr Landrat, Sie haben bei Ihrer
Antrittsrede die Frage gestellt, **was für ein Landkreis wir
sein wollen...**

Sie haben **Ihre Antwort** darauf gegeben – mit dem
Entwurf des Kreishaushalts 2026. Nach Meinung der SPD-
Kreistagsfraktion war und ist das **nicht die richtige
Antwort**. Wir nehmen zur Kenntnis, dass anscheinend
auch der restliche Kreistag nicht bereit ist Ihre Antwort

vollständig mitzugehen und zumindest für eine gewisse Mäßigung bei den Kürzungen eintritt.

Wir tragen als SPD-Fraktion den **größeren Teil** der über den Sommer von der Verwaltung erarbeiteten Kürzungs- und Konsolidierungsvorschläge mit. Bei uns sind aber auch nach den Diskussionen der letzten Wochen weiterhin **die vorgesehenen Streichungen im Bereich Jugend und Soziales strittig.**

Menschen, die **Unterstützung** benötigen, würden diese nicht mehr bekommen. Der **Wegfall des präventiven Ansatzes** wird uns in vielen Bereichen **gesellschaftlich** aber gerade auch **finanziell** wieder einholen. Die möglichen Folgen der Streichungen im Sozialbereich sind

nach unserer Auffassung nicht ausreichend beleuchtet worden. Auch rechtlich gesehen teilen wir die Auffassung der Verwaltung bezüglich sogenannter weisungsfreier Pflichtaufgaben nicht. In unseren Augen muss die Verwaltung jetzt sagen mit welchem finanziellen und personellen Aufwand sie diese in Zukunft erfüllen will. Dies konnte die Verwaltung nicht liefern, und so ist selbst die tatsächliche Höhe der Streichungen fraglich...

Unser Ziel war: Ein **Übergangshaushalt 2026** – wie in so vielen Landkreisen in Baden-Württemberg und **kein Göppinger Sonderweg**. Wir hätten uns die Zeit nehmen können, soziale und finanzielle Folgen abzuschätzen, etwa vorhandene Doppelstrukturen tatsächlich zu erkennen, um dann eine **fundierte Entscheidung** für den Haushalt 2027 zu treffen.

Aber die Mehrheit möchte heute eine Entscheidung. **Und deshalb halten wir unsere Anträge zum Erhalt der sozialen Infrastruktur aufrecht.** Wir stehen für einen Erhalt der Schulsozialarbeit, der Kinder- und Jugendarbeit, der Familientreffs, der Suchtberatung und der Familienberatungsstellen. Wir halten also diese, **unsere eigenen Anträge**, aufrecht und werben um Zustimmung aus den bereits benannten Gründen.

Kommen wir nun zum Antrag der CDU, Freien Wähler und FDP. Wir erkennen an, dass sich die Fraktionen im Bereich Jugend und Soziales im Vergleich zur verhärteten Situation bei der 2. Lesung bewegt haben.

Nur: Ihre Position ist inhaltlich nicht Fisch, nicht Fleisch – es ist ein ambivalenter Antrag. Die CDU und ihre Folgefraktionen versuchen mit ihrem Antrag Wasser auf beiden Schultern zu tragen.

Zum einen will man **den neuern Landrat** mit seinen Vorschlägen **nicht ganz im Regen stehen lassen**, zum anderen versucht man aber den **Kritikern in den eigenen Reihen** und der **berechtigten Kritik der Öffentlichkeit** **entgegenzukommen**.

Schauen wir einmal auf die **nackten Zahlen**.

Wie stark unterscheiden sich denn noch unsere Vorschläge tatsächlich? Um gerade einmal 2,2 Millionen Euro. Und wenn wir uns dann bewusst machen, dass die Familientreffs sowieso – egal was wir heute beschließen –

2026 weiterlaufen, dann sprechen wir noch über eine **Differenz von 1,6 Millionen Euro**, die die Vorschläge der SPD-Fraktion von denen der CDU und ihrer anscheinend neuen Mehrheit unterscheiden.

1,6 Millionen Euro.

Bei Aufwendungen von insgesamt über 450 Millionen Euro hätte man diese **gut im Haushalt darstellen können**.

Um das Verhältnis klarzumachen, dafür hätte man jedes Produkt im Haushalt um nicht einmal 0,3 oder 0,4 Prozent kürzen müssen.

Und wem diese Überlegung jetzt zu platt ist – da erlaube ich mir einen Gegenfinanzierungsantrag der CDU aus der 2. Lesung zu zitieren: „*Reduzierung der Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen*“. Ob globale Minderausgabe, langfristige Entnahme aus dem Basiskapital (wie von den

Grünen vorgeschlagen) oder einfach weniger Bleistifte kaufen, wie es die CDU-Fraktion in der 2. Lesung vorgeschlagen hat – dafür hätten wir alle nicht den Wirtschaftsnobelpreis erhalten, aber, egal welcher Weg, es hätte funktioniert.

Gerade einmal 1,6 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Freien Wähler und FDP. Wir erkennen an, dass Sie uns bei einigen Punkten bereits 80 Prozent entgegengekommen sind. Wir laden Sie heute ein, gehen Sie die letzten 20 Prozent mit – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Fiskalisch sind die noch offenen Streichungen im Bereich Jugend und Soziales nicht mehr begründbar. Es kann also nicht ums Geld gehen. So scheint es also ums **blanke Prinzip** zu gehen.

Noch zwei Sätze zum Stellenplan. Den kw-Vermerk bei der Stelle der **Gleichstellungsbeauftragten** lehnen wir ab. Es geht hier um wichtige Themen wie **Chancengleichheit** aber auch die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, welche für den Landkreis als attraktiven Arbeitgeber relevant sind.

Die einprozentige Kürzung im Personalbudget tragen wir mit. Dies ist aber keine generelle Zusage zum Projekt „8 aus 8“. Die Situation und deren **Auswirkung auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** sowie die **Angebote und Dienstleistungen** für die Bürgerinnen und Bürger muss jedes Jahr neu bewertet werden.

Ein Dank gilt heute den **vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern** – egal ob im Ehrenamt oder im Hauptamt.

Egal ob mit der eigenen Lebenssituation betroffen, beruflich engagiert oder einfach um den Landkreis besorgt. Vielen haben sich in den letzten Monaten für einen starken und sozialen Landkreis Göppingen eingesetzt haben. Vielen Dank dafür.

Wir alle wissen, dass die **kommunalpolitische Pause** im Landkreis nicht lang sein wird. Bereits im Januar sehen wir uns wieder, zu einer nächsten wichtigen Entscheidung.

Bis dahin wünsche ich im Namen der SPD-Kreistagsfraktion allen Gremiumsmitgliedern, namentlich Ihnen Herrn Landrat Möller für die gesamte Verwaltungsspitze und allen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern des Landkreises und der Alb Fils Klinik
gesegnete Weihnachten.

**Lassen Sie uns heute eine Entscheidung für einen
zukunftsgewandten und weiterhin starken und sozialen
Landkreis Göppingen treffen.**

SPD-Kreistagsfraktion | B. Christian | Ostlandstr. 6 | 73117Wangen

Herrn Landrat
Markus Möller
Lorcher Str. 6
73033 Göppingen

2. Dezember 2025

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt in der Kreistagssitzung am 12. Dezember (Haushalt 3. Lesung) folgende Anträge zur Abstimmung zu stellen.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt die Rücknahme folgender Maßnahmen der "Konsolidierungsliste – JA-Maßnahmen" und beantragt diese vollständig mit folgenden Summen in den Kreishaushalt 2026 aufzunehmen:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Betrag
5	Richtlinie Förderung der Schulsozialarbeit / Streichung des präventiven Ansatzes	780.000 €
6	Schließung aller Familientreffs	555.000€
7	Zuschuss an evangelischen Kirchenbezirk Göppingen für Suchtberatungsstelle / Streichung	527.680 €
8	Richtlinie Offene Kinder- und Jugendarbeit / Streichung der Zuschüsse	525.000 €
14	Streichung des Zuschusses an den Caritasverband für Ehe- und Erziehungsberatungsstelle Geislingen	483.800 €
21	Schließung der Schulbibliothek Berufsschulzentrum Göppingen	224.700 €
30	Zuschuss an die Psychologische Familien- und Lebensberatungsstelle des evang. Kirchenbezirks Göppingen / Streichung	96.884 €
37	Hälftige Streichung der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen und SBBZs	72.547 €

Des weiteren beantragt die SPD-Kreistagsfraktion die teilweise Rücknahme folgender Maßnahmen der “Konsolidierungsliste – JA-Maßnahmen” und beantragt diese mit folgenden Summen in den Kreishaushalt 2026 aufzunehmen:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Betrag
19	Hälftige Streichung der Förderung / Richtlinie Kreisjugendring <i>Es soll nicht die Hälfte der Förderung wegfallen, sondern nur um 25 Prozent gekürzt werden.</i>	221.250 €
50	Zuschuss Pro Familia-Schwangerschaftskonfliktberatung / Streichung <i>Wie vom Träger vorgeschlagen.</i>	15.000 €

Alle 10 Anträge sollen einzeln im Kreistag zur Abstimmung gestellt werden.

ODER

Über die Anträge zu den lfd. Nr. 5, 6, 7, 8, 14, 21, 30 und 37 soll gemeinsam abgestimmt werden. Über die Anträge zu den laufenden Nummern 19 und 50 soll getrennt abgestimmt werden.



Do 11.12.2025 11:09

[EXTERN] Gemeinsamer Antrag zum Stellenplan 2026

An _GeschaeftsstelleKreistag

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD übersende ich Ihnen den folgenden Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Wittlinger

Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Stellenplan 2026

Wir beantragen im Stellenplan 2026 die Rücknahme des kw-Vermerks bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

Die Änderung, die auf einen Antrag der FW-Fraktion zurückgeht, können wir nicht mittragen. Die Gleichstellungsbeauftragte leistet wertvolle Arbeit. Der Landkreis Göppingen übersteigt die Einwohnerzahl, ab der eine Vollzeitstelle empfohlen ist (100.000), um das 2,5fache. Von daher ist eine volle Stelle angemessen und notwendig.

Die Stelle nimmt neben der gesetzlich vorgeschriebenen Funktion für die Beschäftigten des Landkreises eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion ein. Die Gleichstellungsbeauftragte spielt eine zentrale Rolle für die Vernetzung, Beratung und Weiterentwicklung von ehrenamtlichen Initiativen und Projekten im gesamten Kreis. Ihre Arbeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt zur Verwirklichung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern bei.

Für die Fraktionen

Sabine Dauderer

Hans Zeeb

Benjamin Christian